



öffentlich

Betreff:

Keine unbezahlten Praktika bei der LHP

Einreicher: Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, die LINKE

Erstellungsdatum 20.04.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.05.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zukünftig auch für Pflichtpraktika bei der Landeshauptstadt Potsdam, die im Rahmen von Ausbildung und Studium absolviert werden, eine Aufwandsentschädigung zahlen.

Auf der Internetpräsenz der Landeshauptstadt Potsdam und in entsprechenden Portalen soll überdies sichtbar gemacht werden, dass die Stadtverwaltung entlohnte Praktika anbietet.

gez. Dr. S. Zalfen, D. Keller S. Hüneke, Dr. G. Zöllner
Fraktionsvorsitzende SPD Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen

Dr. S. Müller, S. Wollenberg
Fraktionsvorsitzende die LINKE.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Praktika dienen jungen Menschen dazu, Arbeitsplatz Erfahrungen zu sammeln und den Prozess der Berufswahl zu unterstützen. Erfolgreiche Praktika können den Ausgangspunkt für ein ganzes Berufsleben bilden.

Für den Öffentlichen Dienst sind Praktika daher ein wichtiges Instrument, um zukünftige Fachkräfte zu gewinnen und zu binden. Immer mehr Öffentliche Verwaltungen bieten daher eine Aufwandsentschädigung für Praktika an. Für junge Menschen, die während des Praktikums ggf. für zusätzliche Unterbringungs- und Fahrtkosten aufkommen müssen, kann eine solche „Bezahlung“ notwendig oder zumindest ein entscheidender Anreiz sein.